



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission  
vom: 24. Februar 2014  
zur Vorlage Nr.: [2013-418](#)  
Titel: **Postulat [2011/165](#), Investitionen in Energieeffizienz**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



2013/418

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

---

## Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat betreffend Postulat [2011/165](#), Investitionen in Energieeffizienz

vom 24. Februar 2014

### 1. Ausgangslage

Das Postulat 2011/165 wies darauf hin, dass mit energieeffizienten Technologien u.a. viel Geld gespart werden könne, wobei das Sparpotential in industriellen, gewerblichen und öffentlichen Anwendungen wesentlich grösser sei als im privaten Bereich. Darum wurde der Regierungsrat eingeladen zu *prüfen, wie die Stromversorger in Baselland verpflichtet werden können, mindestens 10% ihrer Strombeschaffung mit gezielten Investitionen in Energieeffizienz einzusparen.*

Der Regierungsrat legte in seiner Antwort dar, dass Energieeffizienz ein Teil der nationalen und kantonalen Energiestrategien<sup>1</sup> sei und nicht zuletzt das kantonale Energiegesetz entsprechend umgestaltet werden solle. Dadurch sollen insbesondere energetische Massnahmen an Gebäuden gefördert werden. Bezüglich Stromverbrauchs haben aber die Stromversorger gemäss Regierungsrat keine Möglichkeit, den Strombezüglern Vorschriften zu Anzahl und Art der von ihnen verwendeten, elektrischen Geräte zu machen. Vielmehr seien jene verpflichtet, jederzeit den nötigen Strom zu liefern. Allerdings beraten die regionalen Energieversorger in Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinden ihre Kunden schon seit langer Zeit im sparsamen Umgang mit Strom bzw. Energie.

Im Weiteren verwies der Regierungsrat einmal mehr auf die durch die Bundesverfassung gewährleistete Wirtschaftsfreiheit, die mit einer für Baselland spezifischen Lösung tangiert würde. In diesem Zusammenhang wurde auch das vom Bund geplante Zertifikatssystem für die Erreichung von Effizienzzielen erwähnt: Die Stromlieferanten sollen je nach Massnahme und Effizienzgewinn ein Zertifikat erhalten. Ein solches könne mit anderen Unternehmen gehandelt werden, wobei die damit verbundenen Kosten durch die Unternehmen getragen werden, aber auf die Kunden überwälzt werden können.

Auf jeden Fall sollen die Stromlieferanten zu höherer Effizienz im Bereich Strom verpflichtet werden. Da aber gemäss Regierungsrat verschiedene Faktoren (u.a. Wirtschaftswachstum, Verlagerungen im Verbrauch der verschiedenen Energieträger) zu einem höheren Stromverbrauch führen werden, sei die Forderung des Postulats illusorisch.

Auf der Basis der Vorlage 2013/418 beantragt der Regierungsrat, das Postulat 2011/165 abzuschreiben.

Für Details wird auf [die Vorlage selbst](#) verwiesen.

### 2. Beratung durch die UEK

Die UEK behandelte diese Vorlage nach deren Überweisung durch das Büro des Landrats am 28. November 2013 an ihrer Sitzung vom 13. Januar 2014. Unterstützt wurde sie in ihren Beratungen durch Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), Michael Köhn, Generalsekretär der BUD, Alberto Isenburg, innerhalb der BUD Leiter des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE), und Stephan Krähenbühl, im AUE zuständig für Koordination und Controlling.

In der einleitenden Präsentation wurden die Anliegen des Postulats analysiert und dessen Antrag wie auch

---

<sup>1</sup> Siehe dazu <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2013/7561.pdf> (insbesondere Kapitel 4.2.5) und <http://www.baselland.ch/Newsdetail-Home.309165+M59833bf544a.0.html>

der Antrag des Regierungsrats auf Abschreibung desselben wiederholt. Weiter wurden die strategischen Ziele von Bund und Kanton im Bereich Energie dargelegt und entsprechend der Vorlage erklärt, was Energieeffizienz für die Stromversorger bedeute und welche Entwicklungen auf Bundesebene stattfinden. Bis 2020 sei noch mit einer Zunahme des Stromverbrauchs zu rechnen, danach mit einer Stabilisation oder sogar einer Reduktion.

### 2.1 Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton: Stromproduktion und Energieeffizienz

Es wurde festgehalten, dass die Stromproduktion Sache des Bundes ist, während Fragen des effizienten Einsatzes von Energie durch die Kantone zu klären sind.

Auf Seiten der UEK herrschte allerdings teilweise der Eindruck vor, dass sich der Regierungsrat trotz der strategischen Ziele nicht für konkrete Schritte zu mehr Energieeffizienz einsetzen wolle. Nach Ansicht einiger Mitglieder fragte das Postulat, ob Stromversorgungsunternehmen gezwungen werden können, Massnahmen zu höherer Energieeffizienz einzuleiten (z.B. offensivere Information der Kunden durch die Stromversorger hinsichtlich energieeffizienter Haushaltgeräte), um so 10% weniger Strom beschaffen zu müssen, was aber mit der Vorlage nicht beantwortet worden sei.

Dieser Aussage wurde von Seiten BUD entgegengehalten, dass die Menge Strom, die durch die Stromversorger beschafft werde, durch den Verbrauch auf Seiten der Kunden bestimmt werde, weshalb sich das Postulat an die falsche Zielgruppe wende: Hauptaufgabe der Stromversorger sei nicht der effiziente Einsatz von Energie, sondern deren sichere Lieferung. Ein anderer Teil der UEK unterstrich nochmals, dass Stromversorger ihren Kunden deren Stromverbrauch nicht vorschreiben, sie aber – auf freiwilliger Basis – zur Nutzung anderer Energiequellen (z.B. Geothermie) bewegen können. Gehe es um Investitionen in Energieeffizienz, müsse z.B. ins [Energiepaket Baselland](#) investiert werden. Zu bedenken gelte es im Übrigen auch die Energie, die es brauche für die *Produktion* effizienterer Geräte.

Betreffend Information zu Stromsparmöglichkeiten konnte aber insgesamt festgestellt werden, dass bereits viel getan wird. Auch wurde eine auf Baselland beschränkte Regelung für Stromversorger betreffend Effizienzzielen schlussendlich als weniger zielführend beurteilt als eine gesamtschweizerische Lösung, die wie erwähnt in Erarbeitung ist.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

### 3. Antrag an den Landrat

://: Die UEK empfiehlt dem Landrat mit 10:2 Stimmen, das Postulat [2011/165](#) abzuschreiben.

Pratteln, 24. Februar 2014

Im Namen der Umweltschutz- und Energiekommission

Der Präsident: Philipp Schoch